

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 368 20. September 2006

13. Jahrgang

Prostitution an der Grenze Guatemala – Mexiko

Die Landesgrenze als örtlich markierte Linie der Überwachung von Personen und Waren scheint zunehmend einem zeitlich und örtlich unbegrenzten Kontrollregime zu weichen. Doch entstehen laufend neue Grenzorte, die - wie zwischen Mexiko und Guatemala - Folge einer überregionalen Migrationspolitik sind. Als Ausdruck des gewalttätigen Umgangs mit Migration scheinen sich hier Prostitution, Sexismus und Rassismus wieder zu verdichten. Der folgende, leicht gekürzte Artikel von Kathrin Zeiske, ist in der Zeitschrift iz3W vom September 2006 erschienen. Wir danken der Autorin für die Autorisierung.

Die guatemalteckisch-mexikanische Grenzregion lag noch vor zwei Jahrzehnten weitab des Weltgeschehens. Heute stellt sich die Fernstrasse *Interamericana* als ein Raum dar, über den konzentriert Waren ausgetauscht werden und Personen migrieren, zumeist in Richtung Norden, oft mit dem Ziel USA. Die staubigen Grenzorte in der Pazifikebene von Guatemala und Mexiko leben von den Menschen, die sie durchlaufen: HändlerInnen, Fernfahrer, MigrantInnen, Soldaten, Polizeibeamte und *narcotraficantes*, DrogenhändlerInnen, die sich kurz- oder langfristig hier aufhalten. Diese vorrangig männlichen Gruppen haben zu einer enormen Ausdehnung der Rotlichtzonen an der Grenze beigetragen. In den zahlreichen Bars, Bordellen und Table Dance-Shows arbeiten Frauen aus den unterschiedlichsten Motiven bzw. Zwängen heraus. Eine Gemeinsamkeit verbindet sie jedoch: keine von ihnen kommt ursprünglich aus dieser Region. Die meisten sind Migrantinnen aus Honduras, El Salvador, Nicaragua oder anderen Landesteilen Guatemalas.

Viele in der Prostitution arbeitende Frauen erwägen in Regionen zu migrieren, die bessere Einkommensmöglichkeiten bieten. Dabei müssen sie ihre Kinder zumeist bei ihren Eltern zurücklassen, was widersprüchlich erscheint, geht es den meisten Migrantinnen doch gerade um die Sicherung des Familieneinkommens. In den zentralamerikanischen Ländern steigt die Zahl der alleinerziehenden Mütter, die es vorziehen, eigenes Geld zu verdienen, statt sich an einen Mann zu binden. Diese Einstellung ist Ausdruck eines enormen Wertewandels in den patriarchisch strukturierten Gesellschaften Mittelamerikas. Er fand seinen Ausgangspunkt in der zunächst fast ausschliesslich männlichen Arbeitsmigration in die USA, die viele Familien in Zentralamerika ohne Ehemann und Vater zurückliess. Frauen wurden notgedrungen selbst zu Familienoberhäuptern, und in dieser Funktion migriert heute auch ein steigender Prozentsatz von ihnen in die Städte, auf Plantagen nach Südmexiko oder Costa Rica oder eben auch in die USA, um ihre Familien ernähren zu können. Die junge weibliche Generation vollzieht den Wandel der Rollenbilder nun bewusst und kritisiert dabei gleichzeitig häusliche Gewalt und Polygamie der Männer. Trotzdem bleibt eine weibliche ökonomische Unabhängigkeit in den zentralamerikanischen Ländern ein schwieriges Unterfangen.

Die Unternehmen in den Freihandelszonen Zentralamerikas bieten seit der Einbindung der Region in den Weltmarkt eine der wenigen formellen Arbeitsquellen für Frauen. Während Männern als ungelerten Arbeitern noch verschiedene Einkommensmöglichkeiten offen stehen, können Frauen sich neben der Arbeit in den *Maquilas* höchstens noch im informellen Sektor über Wasser halten, etwa als Strassenverkäuferin. Daneben ist die Sexarbeit eine der wenigen Chancen, um als Frau, die keine Ausbildung vorweisen kann, selbständig Geld zu verdienen. So migrieren viele Frauen innerhalb der zentralamerikanischen Region in tourismus- und Handelszonen, wo sich in den letzten Jahren grosse Rotlichtbezirke etablieren konnten. Eine solche Zone stellt eben die guatemalteckisch-mexikanische Grenzregion dar. Denn der NAFTA-Aussengrenze kommt sowohl ökonomisch wie auch kontrollpolitisch eine wachsende Bedeutung zu.

Mexiko wird von den USA im Rahmen einer vielbeschworenen „gemeinsamen Sicherheitszone“ dazu angehalten, MigrantInnen aus den zentralamerikanischen Ländern auf dem Weg in die Vereinigten Staaten schon auf mexikanischem Territorium abzufangen. Dies geschieht vor dem Hintergrund des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA), das beide Länder zusammen mit Kanada unterzeichnet haben, und des so genannten „Puebla-Prozesses“, einer Reihe von Konferenzen, die regelmässig zwischen den karibischen, nord- und zentralamerikanischen Ländern zum Thema Migration abgehalten werden. Während Reformen der Einwanderungsgesetzgebung und die Militarisierung der eigenen Südgrenze in den USA stets zur politischen Profilierung der jeweiligen Regierung genutzt werden, wird die Ausweitung der eigenen Migrationskontrolle auf das südliche Nachbarland dabei eher hinter vorgehaltener Hand betrieben. Mexiko beugt sich dem Druck des mächtigen Vertragspartners in der Hoffnung auf GastarbeiterInnenprogramme für die eigenen StaatsbürgerInnen und verwandelte sich so im letzten Jahrzehnt in einen vertikalen Grenzraum für seine südlichen NachbarInnen. Mit dem so genannten „Plan Sur“ wurde im Bundesstaat Chiapas seit dem Jahr 2001 eine

Kontrollzone gegen Migration errichtet. In dieser führt die mexikanische Migrationspolizei über die Hälfte aller Festnahmen von irregulären MigrantInnen durch, die im Land vorgenommen werden. Über 240'000 Menschen wurden allein im Jahr 2005 aus Mexiko in ihre – zumeist zentralamerikanischen – Herkunftsländer abgeschoben. (Im ersten Halbjahr 2006 waren es allein 40'000 GuatemaltekenInnen, die Red.) Um die rasant wachsende Kontrollmaschinerie in Gang halten zu können, wurde im März dieses Jahres das wohl grösste Abschiebegefängnis Lateinamerikas in der Stadt Tapachula an der Südgrenze Mexikos fertig gestellt. Bis hierhin werden festgenommene MigrantInnen Stück für Stück zurückgeschoben, bevor sie in Bussen in ihre Herkunftsländer verfrachtet werden. Für Angehörige der Migrationspolizei, aber auch anderer polizeilicher und militärischer Einheiten, bedeuten die Festnahmen vor allem die Möglichkeit, sich persönlich zu bereichern. Wollen oder können aufgegriffene MigrantInnen sich nicht freikaufen, werden sie systematisch beraubt, bedroht, sexuell genötigt oder zusammengeschlagen.

Die Verschärfung der Migrationspolitik Mexikos bekommen auch die Frauen in den Bordellen der Grenzregion zu spüren. 93% von ihnen sind laut dem *Colegio de la Frontera Sur* undokumentierte Migrantinnen. Sie leben ohne Papiere in ständiger Angst vor Abschiebung. Die Illegalisierung von Migration durch die vorverlagerte US-amerikanische Abschottungspolitik macht Frauen und vor allem Minderjährige extrem anfällig, in gewalttätige und ausbeuterische Strukturen zu geraten. Die Übergänge zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution sind oftmals fließend. Die *Internationale Organisation für Migration* (IOM) drängt auf die Verfolgung von Frauen- und Kinderhandel in der Region. Doch nicht zu unterschätzen ist dabei die Verwicklung von Polizei und Justiz in kriminelle Strukturen im Grenzraum. Betroffene, die in einem Prozess als Zeuginnen aussagen, gehen ein hohes persönliches Risiko ein. Darüber hinaus folgt bei Prozessende automatisch ihre Abschiebung. Der in Tecún Uman ansässige katholische Orden der *Hermanas Oblatas* setzt stattdessen auf Bildung und Ausbildung, um Frauen und Mädchen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, eine Chance auf alternative Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen. Ihr Frauenhaus bietet eine Rückzugsmöglichkeit zur Neuorientierung. Frauen und Mädchen sollen nach Aussage der Schwestern ihr Leben wieder selber in die Hand neh-

men können und dabei Land und Ort des Neuanfangs frei wählen.

Migrantinnen aus den zentralamerikanischen Ländern werden in der Grenzregion oft per se als Prostituierte wahrgenommen. Davon ausgenommen sind in der Regel indigene Frauen aus Guatemala. Sie kommen traditionell in die Grenzstädte Mexikos, um dort in Haushalten zu arbeiten. Nicht nur reiche Familien haben hier eine Angestellte; diese verdienen neben Kost und Logis so wenig, dass ein solches Arbeitsverhältnis auch in der Mittelschicht weit verbreitet ist. Viele Familien diesseits und jenseits der Grenze sind so schon seit Generationen miteinander verbunden: kehrt eine Hausangestellte nach einigen Jahren nach Guatemala zurück, dann übernimmt beispielsweise ihre jüngere Schwester den Platz bei ihren ehemaligen ArbeitgeberInnen.

Mexikanische Familien, die nicht auf ein derartiges soziales Netzwerk zurückgreifen können, müssen in Tapachula, dem Handels- und Verkehrszentrum der Grenzregion, nur sonntags auf den zentralen Platz der Stadt gehen. Dort treffen sich guatemalteke MigrantInnen, die in der Stadt leben. Hierher kommen auch Neuankömmlinge auf der Suche nach einer Anstellung. Auf eben diesem Platz zeigte sich im letzten Jahr eine ganz neue Form der Prostitution: junge Mädchen in traditioneller Kleidung wurden dort mit dezenten Gesten von älteren Frauen feilgeboten. Dieses Phänomen ist bislang eine Ausnahme geblieben, und indigene guatemalteke Frauen werden in der Öffentlichkeit weiterhin als „Hausmädchen“ wahrgenommen.

Anders sieht die öffentliche Wahrnehmung der mestizischen MigrantInnen aus El Salvador, Honduras und Nicaragua aus. Diese sind im Stadtbild so nicht sichtbar, werden aber dafür regelmässig in der Lokalpresse abgebildet: als „gefallene Mädchen“ in den gerne skandierten Rotlichtzonen. Damit bestätigt sich das rassistische Vorurteil quasi von selbst, das die zentralamerikanischen NachbarInnen als Armutsflüchtlinge annimmt, die so marginalisiert seien, dass alle Männer kriminell und alle Frauen Prostituierte wären. Rassistische Zurückweisung und exotische Anziehung verbinden sich dann auf einer sexistischen Ebene, wenn gerade Frauen aus Honduras aufgrund einer tendenziell helleren Haut- und Haarfarbe und mit Gesichtszügen, die eher alten Kolonialherren als indigenen Vorfahren ähneln, als besonders schön und begehrt gelten.

Diese sich überlagernde Fremd-

wahrnehmung bewirkt auf alle Fälle eins: Migrantinnen werden in der Grenzregion generell als „putas“ (Huren) stigmatisiert. Für Frauen aus Zentralamerika, die eine Arbeit ausserhalb der Rotlichtzonen suchen, ein kaum zu überwindendes Hindernis: Laut Umfragen, die das mexikanische Ministerium für soziale Entwicklung bezüglich Diskriminierung durchführte, schneiden „Prostituierte“ am schlechtesten ab, wenn gefragt wird, an wen man auf keinen Fall einen Job ergeben würde. Tief verwurzelt ist in Mexiko die gesellschaftlich im *machismo* verankerte Bipolarität von „Heiligen und Huren“, die von Frauen entweder die vollkommene Anpassung an ein prüdes, von der Mutterrolle geprägtes Frauenbild fordert oder sie zu Geächteten erklärt.

Auch wenn Prostitution in Zeiten der Globalisierung eine der wenigen selbständigen Einkommensmöglichkeiten für Frauen ohne Ausbildung darstellt, so basiert das Gewerbe doch auf der hohen Ausbeutungsspanne, die den beteiligten Migrantinnen stets nur einen minimalen Bruchteil der von ihnen erarbeiteten Gewinne zugesteht. So bietet die Prostitution an der Grenze Guatemala-Mexiko eine von Gewalt und Gewinninteressen stark eingeschränkte Emanzipationsmöglichkeit. Für die hier arbeitenden Frauen bedeutet sie zumeist eine alternative Form der Sicherung ihrer Existenz, solange in ihren Herkunftsländern grosse Teile der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Guatemaltekische Überfallopfer

Guatemala, 28. Aug. Gemäss Angaben der US-amerikanischen *The New York Times* haben sich Überfälle auf und Diebstähle an guatemaltekischen MigrantInnen in den USA zunehmend zu einem Problem entwickelt. Problematisch ist vor allem, dass die Betroffenen sich nicht bei der Polizei melden, aus Angst, als oft Papierlose, sofort in ihr Ursprungsland deportiert zu werden.

Offenbar sind Überfälle auf guatemaltekische MigrantInnen dermassen häufig, dass es in Lake Worth, Florida, bereits eine Strasse mit dem Übernamen „Guate-bashing“ gibt.

MigrantInnen, die keine gültigen Papiere haben, ist es auch nicht erlaubt, ein Bankkonto zu eröffnen. Deshalb tra-

gen viele GuatemalteKInnen ihr Geld bei sich, versteckt in den Schuhen oder in den Kleidern. Diebe wissen das, und die *Chapines* werden zu leichten Opfern. Dazu kommt laut Mary Olson von der Polizei in West Palm Beach, dass die GuatemalteKInnen „sich nicht wehren“. Sie seien „anständige Menschen die Angst vor der Polizei haben“.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres verzeichnete die Polizei von West Palm Beach 50 Überfälle auf GuatemalteKInnen. Man geht aber aus obengenannten Gründen – u.a. Angst vor einer Deportation – von einer grossen Dunkelziffer aus.

Offenbar sind auch US-amerikanische Sheriffs und andere Staatsangestell-

te dafür bekannt, dass sie papierlose GuatemalteKInnen ausnehmen oder erpressen.

Die örtlichen Behörden, zusammen mit lokalen Nichtregierungs- und MigrantInnenorganisationen organisieren so genannte mobile Konsulate, die an den Wochenenden in den Wohnquartieren mit einem hohen Anteil guatemaltekischer MigrantInnen installiert werden. Dort können sich diese registrieren und sich vom guatemaltekischen Konsulat einen Identitätsausweis ausstellen lassen. Ein solcher erlaubt ihnen, eine Arbeit anzunehmen, eine Wohnung zu mieten und ein Bankkonto zu eröffnen, ohne dass sie gleich als "Illegale" deportiert werden.

Krankenhaussystem krank weiter

Guatemala, 13. Sept. Seit drei Monaten, genauer seit dem 9. Juni, ist die katastrophale Situation der öffentlichen Krankenhäuser in Guatemala ein öffentliches Thema geblieben (siehe ¡Fijáte! 363). Die Streiks von Seiten des medizinischen Personals hielten derweil an, währenddessen sich der Einblick in die Realität ansatzweise vertieft hat. Demnach werden im Spital in Huehuetenango Betten improvisiert, indem Stühle zusammengeschoben werden, andernorts wird Packmaterial benutzt, um Liegen zu bespannen. Von fehlendem Strom in OP-Sälen und lecken Dächern in Behandlungsräumen ganz zu schweigen.

In beiden grossen Krankenhäusern in der Hauptstadt, dem „Hospital Roosevelt“ und dem „Hospital General San Juan de Dios“ wurde bereits der jeweilige Kollaps deklariert; acht Todesfälle werden der Unmöglichkeit zugeschrieben, sie angemessen zu versorgen.

Sowohl Präsident Berger als auch sein Vize und andere PolitikerInnen haben den Häusern bereits eine Visite abgestattet, um sich ein Bild der Situation zu machen. Doch sehen sich die ÄrztInnen und anderen Krankenhausangestellten von der Regierung hintergangen, hatten sie sich doch Ende Juli auf den Vorschlag eines Dialogs eingelassen, der jedoch von Seiten der Machthabenden nicht respektiert wurde. Stattdessen wurden die MedizinerInnen vor getroffene Entscheidungen gestellt und gar vom Präsidenten Berger persönlich gewarnt, dass sie ihre Stellen verlieren würden, sollten sie weiter streiken. Andere ÄrztInnen haben gar Einschüchterungen und Morddrohungen erhalten, da sie den Direktor des *San Juan de Dios*, Ludwin Ovalle, aufforderten, zurückzutreten, da er sich nicht für die Interessen der Krankenhäuser einsetze. Ovalle habe den Präsidenten bloss diejenigen Bereiche des Krankenhauses sehen lassen, die ansatzweise in Ordnung waren, ohne aber die wirkliche Arbeitsumgebung der Behandelnden zu

demonstrieren.

Inzwischen wurden zumindest zwei Forderungen des medizinischen Personals zu Teil erfüllt: der bisherige Gesundheitsminister Marco Tulio Sosa reichte seine Kündigung ein und wurde durch den Chirurgen und Gesundheitsmanager Víctor Manuel Gutiérrez Longo ersetzt, der bis vor wenigen Monaten Kongressabgeordneter der *Patriotischen Partei* für San Marcos war, sich aber inzwischen unabhängig erklärte. Im Kongress war er als Vorsitzender der Gesundheitskommission tätig.

Zudem wurde für den Haushalt 2007 eine Etaterhöhung von 700 Mio. Quetzales gebilligt, während die organisierten MedizinerInnen mindestens 1 Mrd. forderten. Im Moment stehen den Krankenhäusern 2 Mrd. Quetzales zur Verfügung. Doch die sozialen Organisationen CONGCOOP und das *Internationale Zentrum für Untersuchungen in Menschenrechten* (CIIDH) zeigten in ihrem Halbjahresbericht über die öffentlichen Ausgaben den weiteren Haken auf, dass das Gesundheitsministerium bis dato gerade einmal 9% ihres Jahresbudgets ausgegeben hätte und weniger als einen Quetzal pro Tag in die Leistungen der Ambulanz und die Notaufnahme der öffentlichen Krankenhäuser investierte.

Der Kolumnist Adrián Zapata machte ausserdem darauf aufmerksam, dass der guatemaltekischen Staat gerade einmal 0.7% des Bruttoinlandsprodukts in das Gesundheitsressort stekke, die Ausgaben für die Krankenhäuser sich dabei auf 38% des ministerialen Haushalts beliefen und die jährliche Zuwendung für ein Krankenhausbett im Durchschnitt 117,46 Quetzales (ca. US-\$ 16) betrage.

Damit liegt Guatemala gleich auf mehreren letzten bzw. ersten Plätzen im zentralamerikanischen Vergleich: bei der Lebenserwartung bei der Geburt, der Kinder- und der Müttersterblichkeit. Neben diesen pekuniären Schwierigkei-

ten, weisen Anzeigen zudem auf Mafias in den öffentlichen Krankenhäusern hin, die mittels Korruption und das Verschwindenlassen von Medikamenten das Ihre zur Katastrophe beitragen. Um der Administration auf die Hände zu schauen, wurde schliesslich für das *Roosevelt* ein Prüfer berufen, der gleich nach Amtseinnahme bekannt gab, dem Sicherheitschef der Einrichtung wegen Fahrlässigkeit und der Qualitätsmanagerin wegen fehlender Notwendigkeit ihres Jobs gekündigt zu haben. Der Personalchef hat seinen Hut wohl von selber genommen.

Trotz der Ankündigung, eine umfassende Untersuchung anzustellen, um den Gebrauch aller Stationen und Ressourcen zu optimieren und die Sicherheitsvorkehrungen im Medikamentenlager durch 25 Polizeikräfte zu verstärken, legte auch der Prüfer nach kaum einer Woche und ohne genaue Erklärung sein Amt nieder.

Mit dem neuen Gesundheitsminister scheint neuer Wind in die Angelegenheit zu kommen. VertreterInnen der MedizinerInnen haben sich bereits mit diesem zum Gespräch getroffen und ihm ihre Lösungsvorschläge unterbreitet.

In der Zwischenzeit wurden zahlreiche PatientInnen vom Militär versorgt, das ungeachtet der Kritik aus der Zivilgesellschaft und von den öffentlichen ÄrztInnen, kurzfristig Versorgungszelte in der Stadt aufbaute. Zudem gab der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) einem Rekurs des *Menschenrechtsprokurats* (PDH) statt und ordnete die streikenden ÄrztInnen auf, zumindest 81 Operationen an PatientInnen durchzuführen, die dringend notwendig seien. Mit Verweis auf die desaströsen Zustände, die sowohl PatientInnen wie medizinischen Personal in Gefahr brächten, machte Sprecher Sergio Rivas im Vorfeld bereits den CSJ für mögliche Folgen verantwortlich. Schliesslich wurden kurzfristig einige Anästhesieapparate angeschafft und die Operationen durchgeführt.

“San Narcos” – im Visier

Guatemala, 13. Sept. Nach dem eher erfolglosen Sturm auf den Ixcán durch Polizei und Militär (siehe ¡Fijáte! 367) versetzte die Regierung nur eine Woche später dem Nord-Westen des Landes einen weiteren Stoss und verordnete in fünf Munizipien des Departements San Marcos für 14 Tage den „Präventionszustand“. Mit der somit verhängten Beschränkung des Versammlungs- und öffentlichen Demonstrationsrechts, des Tragens von Schusswaffen und der Bewegungsfreiheit von Fahrzeugen wollte man auch hier dem Drogenhandel auf die Spur kommen. Erst auf Antrag der *Interamerikanischen Pressesoziätät* (SIP) wurde der Dekretabsatz gestrichen, mittels dem den öffentlichen Medien, womit konkret kommunale Radiosender gemeint waren, die Verbreitung von „Unruhe stiftenden Botschaften“ untersagt werden sollte.

600 Polizeikräfte, 300 Militärs, 50 Elemente der Anti-Drogeneinheit SAIA, sowie 3 Richter und 24 Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft führten in Concepción Tutuapa, Ixchiguán, San Miguel Ixtahuacán, Tajumulco und Tejutla minutiöse Inspektionen von Autos, 32 Hausdurchsuchungen, 20 Festnahmen sowie die Beschlagnahmung von 12 Waffen und einem in Sololá als gestohlen gemeldeten Fahrzeugs durch. Unter den Verhafteten – alle verdächtig, am Drogenhandel beteiligt zu sein – findet sich zumindest einer von insgesamt sechs mutmasslichen lokalen Drogenbossen, dem neben einem Mord auch die Brandstiftung zu Lasten gelegt wird, in die die vermeintlichen Grenzstreitigkeiten zwischen Ixchiguán und Tajumulco im Februar gipfelten. (vgl. ¡Fijáte! 354)

Besonders stolz ist Innenminister Carlos Vielmann auf die massenweise Vernichtung von Schlafmohn- und Hanffeldern – die genauen Angaben schwanken zwischen 17,5 Mio. und 22 Mio. Mohn- und 80'000 und 6 Mio. Hanfpflanzen, letztere durchgängig gleichgesetzt mit Marihuana. Somit sei die Vorgehensweise gerechtfertigt und den zur Vorsicht aufrufenden Stimmen aus der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Gefahr des Missbrauchs der aufgehobenen Bürgerrechte der Wind aus den Segeln genommen.

Erst kurz vor der „Operation Amapola“ (amapola = Schlafmohn, die Red.) hatte die Tageszeitung *el Periódico* einen ausführlichen Report über den Drogenanbau im Departement San Marcos veröffentlicht und als bekannt bekundet, dass seit 20 Jahren in der Region Schlafmohn angebaut wird, der lokal ansatzweise verarbeitet und per Pferd an die Grenze zu Mexiko geliefert wird. Selbst die geschäftsführenden mexikanischen Kartelle „Juárez y Sinaloa“ und

das „Golfkartell“ sind bekannt und der Gewinnunterschied von 4'000 Quetzales im Halbjahr für traditionellen Gemüseanbau gegenüber 50'000 Quetzales im Jahr für den Mohnanbau als Entscheidungskriterium für die zu 61% in extremer Armut lebende Bevölkerung von Überlebenssichernder Bedeutung. So hat sich Guatemala mit einer Anbaufläche von 1'800 Hektar mittlerweile zum sechsten Drogenexportland weltweit entpuppt – nach Afghanistan, Pakistan, Myanmar, Kolumbien und Mexiko.

Angesichts der bisherigen staatlichen Passivität ob der Zustände war die Priorität der aussenpolitischen Absicht der Aktion schnell klar: Im September verteilen die Vereinigten Staaten wieder Noten in Sachen Drogenbekämpfung und Guatemala wollte sich auf den letzten Drücker die Versetzung, sprich Zertifizierung, sichern, die mit lächerlichen 80 Kilogramm beschlagnahmten Kokains während 2006 nicht gefährdet, wohl aber unglaubwürdig wäre. Die Nichtgefährdung hängt an verschiedenen strategischen Sicherungsseilen: an dem, dass Guatemala diplomatischer UN-Partner ist und sich an UN-Friedensmissionen beteiligt, an dem Seil, eine der wenigen lateinamerikanischen US-freundlichen Regierungen zu sein und schliesslich dem, dass die USA durch die Unterstützung der Kandidatur Guatemalas verhindern wollen, dass Venezuela in den UN-Sicherheitsrat gewählt wird.

Auch innenpolitisch hat die Operation einige Veränderungen zur Folge. Zum einen wurde das beabsichtigte Ziel

erreicht, den Konflikt zwischen Ixchiguán und Tajumulco zu schlichten, in dem nun die Grenze zwischen den Munizipien eindeutig festgelegt wurde. Zudem wurde eine Sicherheits*taskforce* geschaffen, die mit 300 Polizeikräften in den fünf Munizipien die Suche nach Personen mit Haftbefehl, die Kontrolle von Personen und Fahrzeugen sowie ganz allgemein den Kampf gegen den Drogenhandel weiterführen soll.

Unklar ist der Zusammenhang mit der zeitgleich ernannten militärischen *Taskforce*, die vom Militärstützpunkt Santa Ana Berlín, Coatepeque im Departement Quetzaltenango gegen das organisierte Verbrechen, den Schmuggel von Waren aber auch von Personen ohne Dokumente im Westen des Landes, speziell in den Departements Retalhuleu, Suchitupéquez, San Marcos und vier Munizipien der Küstenregion Quetzaltenangos vorgehen wird. Hellhörig macht der somit ständige Einsatz des Militärs in den namentlich genannten Munizipien - Colompa, Flores, Génova y Coatepeque – sind doch diese vor allem bekannt durch die gewalttätigen Räumungen von besetzten Fincas und die anhaltende Verletzung von Arbeitsrechten, gegen die die Arbeitenden wiederholt die Öffentlichkeit aufmerksam machen.

Abzuwarten ist auch die Erfüllung des Regierungsversprechens, den örtlichen BäuerInnen attraktive Landwirtschaftsprogramme anzubieten, um sie vom Drogenanbau abzuhalten und ihr Überleben dennoch zu sichern.

Vize-Innenministerium in Petén

Guatemala, 30. Aug. Die Verfolgung des organisierten Verbrechens auch im Departement Petén wird in der nächsten Zeit verstärkt, hat Präsident Berger doch kürzlich für diesen Gerichtsbezirk den Ex-Militäroberst und Juristen Raúl Dehesa zum fünften Vize-Innenminister ernannt. Zur Erklärung beschränkte sich Berger auf die Feststellung, dass dieses Departement anhaltende „Verbrechensprobleme“ hätte, eine harmlose Beschreibung der Tatsache, dass dort die Macht eindeutig in den Händen des organisierten Verbrechens liegt, die sich dem Drogen-, Waffen-, Holz- und Menschenschmuggel widmen und die Bevölkerung unter Kontrolle hat. Selbst Mitglieder von Militär und Polizei, die bislang zur Gebietsicherung entsandt worden sind, kollaborieren wohl eher, anstatt ihrem Regierungsauftrag zu entsprechen.

Dehesa, so Innenminister Vielmann, sei dem gegenüber gebürtig aus Petén,

kenne also die Gegend, zudem sei er ein Mann seines Vertrauens – was auch immer das bedeuten mag.

Zur Realisierung des Sicherheitsplans im nördlichen Departement, wird dieses zur 7. Polizeiregion ernannt, die entsprechenden Operationen sind laut Mandat der „Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Drogenhandel, den Holzschmuggel, den Schmuggel von archäologischen Funden und Jugendbanden, sowie jegliche andere Aktivität, die darauf abzielt, illegale Aktivitäten zu verhindern.“ Der übernächste Abschnitt des Dekrets bleibt ebenfalls eher vage. Danach sollen „mit der Staatlichen Migrationsbehörde alle Angelegenheiten koordiniert werden, die in Verbindung mit dem Migrationsthema stehen.“

Mit dem neuen regionalen Vizeministerium werden zudem planmässig 100 frisch graduierte Polizeikräfte in das Departement versetzt.

Lokale Gesetze gegen herrschende Straflosigkeit

Guatemala, 13. Sept. Wurden in den letzten Jahren bereits in vielen Orten teils mit teils ohne Zusammenarbeit mit der Zivilen Nationalpolizei (PNC) bürgerliche Sicherheitskomitees ins Leben gerufen, um zumindest durch nächtliche Patrouillen und erhöhter Aufmerksamkeit gegenüber und Meldung von Delikten die unzureichende Präsenz der staatlichen Ordnungshüter zeitweilig zu überbrücken, scheint sich die Initiative inzwischen zu verselbständigen. Mit dem Argument, die Bevölkerung sei die herrschende Straflosigkeit leid, hat die Sicherheitskommission der Gemeinde San Miguel Acatán, Huehuetenango, bereits im Juni diesen Jahres ihr eigenes „Gesetz“ geschaffen. Drei Monate später wird dies nun öffentlich bekannt. 102 BürgerInnen und Gemeindeautoritäten unterschrieben das Dokument, in dem 84 „Verbrechen“ aufgelistet sind, die geahndet werden sollen. Andere Leute kritisieren, an Wochentagen Alkohol trinken oder sich gar besaufen, Häuser oder Wände bemalen, auf der Strasse, im Park oder auf dem Marktplatz urinieren, und in betrunkenem Zustand in der Öffentlichkeit Flaschen zerschlagen wird ebenso bestraft wie Männer mit Ohringen, Tätowierungen und/oder langen Haaren sowie Leute, die sich nach 21 Uhr auf der Strasse aufhalten.

Der Bürgermeister von San Miguel Acatán, Mitglied der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), der der Sicherheitskommission vorsteht, rechtfertigt die an Bürgerwehren erinnernde diskriminierende Massnahme mit dem Überhandnehmen von Kriminellen in der Gemeinde. Seit die Normen aufgestellt wurden, sei die Anzahl der Verbrechen auch schon zurückgegangen. „Es wurden bereits Strafen wie Säubern öffentlichen Raums, Auspeitschen und Knien auf Steinen oder Mais angewendet“, berichtet er trocken. Dabei beruft er sich auf den Artikel 66 der Verfassung, nach dem der Staat die Lebensformen der Gemeindegruppen respektiert, die sich auf ihre Bräuche, Traditionen und soziale Organisation stützen. Dieser Artikel soll indes die Anwendung des Gewohnheitsrechts der indigenen Völker schützen und rechtfertigt in keiner Weise die lokale Verselbständigung der Rechtsanwendung.

Das offizielle Justizsystem wird nicht nur ignoriert, sondern gleich vollständig ausgehebelt. So hielten die Acatanecos Ende August den lokalen Friedensrichter und zwei seiner Mitarbeiter sechs Stunden lang fest, um ihn daran zu hindern, einem Einspruch zugunsten zweier Jugendlicher nachzukommen, diesen einen Kontakt nach aussen zu ge-

währleisten, um ihr Wohlbefinden zu versichern. Diese waren festgenommen worden, weil sie nach 21 Uhr draussen waren. Der Richter und seine Begleiter konnten bloss aufgrund einer Unaufmerksamkeit ihrer Bewacher entkommen und haben Klage gegen den Bürgermeister erhoben. Letztendlich wurde der Richter versetzt, Morddrohungen waren dem Festhalten gefolgt. Bereits im vergangenen November wurde die Polizeiwache in San Miguel geräumt, nachdem sie von EinwohnerInnen angegriffen wurde, die ihrem Unmut über eine Festnahme Ausdruck verliehen.

Dem entrüsteten Aufschrei der Öffentlichkeit über diese fast anarchisch anmutenden Zustände folgte schon am Tag darauf die nüchterne Berichterstattung des Menschenrechtsprokurats (PDH), dass es in mindestens acht weiteren Gemeinden ähnlich zugehe. Im Departement Sololá verfügen demnach die Gemeinden Santa Catarina Ixtahuacán, Sajul, Tzucubal und Nahualá über eine eigene „Gesetzgebung“, in Quiché ist dies von Nebaj, Acul, Saquiej und Santa Cruz del Quiché bekannt. Überall werden die Straflosigkeit und die mangelnde Effizienz des offiziellen Ju-

stizsystems als Erklärung herangezogen.

Die Auflistung der Übel nimmt mancherorts beinahe kuriose Züge an. So wird in einem Munizip in Quiché verboten, Personen zu beerdigen, die im Ausland gestorben sind, und die Präsenz der *Zivilen Nationalpolizei* wird ausdrücklich abgelehnt.

José Elías Tárano vervollständigt in seiner Kolumne in „Nuestro Diario“ das nationale Bild mit der folgenden Beobachtung in der Hauptstadt: „Aber wenn man schaut, was in den Wohnsiedlungen am Stadtrand und anderen Vierteln vorgeht, die gar nicht so weit vom historischen Zentrum entfernt sind, das bis vor wenigen Jahren Sitz der politischen Macht war, versteht einer, dass es viele Dinge gibt, die in unserem Guatemala schlecht funktionieren. Hier wird die Polizei, weit davon entfernt, zu schützen, als Bedrohung angesehen, und die, die ihr Gesetz hier anwenden, sind die Jugendbandenmitglieder (und das organisierte Verbrechen, die Red.), die unschuldige Leute umbringen, nur weil diese in einem bestimmten Moment nicht genug Geld bei sich tragen, um das sie erpresst werden, um nach Hause zu gelangen oder ihr Haus zu verlassen.“

Aus FIS wird FONADES – oder: Neuer Fond, neues Glück?

Guatemala, 28. Aug. Seit dem 1. Juni, dem Datum, seit dem der *Soziale Investitionsfond* (FIS) offiziell aufgehört hat zu funktionieren, hat die Regierung keinen einzigen Centavo der 625 Mio. Quetzales gezahlt, die mehr als 400 Baufirmen geschuldet werden. Diese liessen infolgedessen 1'257 vom FIS initiierte Bauvorhaben unvollendet, 126 davon sind Stan-Wiederaufbauprojekte, zudem Schulen, Trinkwasserinstallationen, Strassen und Gesundheitszentren.

Die Liquidierungskommission des FIS, die Ende März ins Leben gerufen wurde, ist offenbar nicht in der Lage gewesen, die ausstehenden Projekte anderen Behörden zur Beendigung zuzuweisen. Obwohl das Aus und dessen Datum bereits seit Januar 2003 bekannt war, begann die Regierung und die *Grosse Nationale Allianz* (GANA) erst im April diesen Jahres damit, im Plenum ausreichend Stimmen zu finden, um den Fond am Leben zu erhalten, erfolglos.

„Das ist typisch für diese Regierung, die keine Ahnung davon hat, mit solchen Problemen umzugehen. Es ist unverantwortlich, die Bauvorhaben zu verlieren, denn jetzt wird der Regen sie

mit sich nehmen,“ beschwerte sich Jorge Alfaro der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) in Hinblick auf die anstehende zweite Hälfte der Regenzeit.

Mit dem Regierungsabkommen 448-2006 des Finanzministeriums wurde aber schon Abhilfe und Ersatz für den FIS geschaffen. Nun wird sich der *Nationale Entwicklungsfond* – kurz FONADES „der Bedürfnisse der Bevölkerung im Land, die am verletzlichsten ist und in extremer Armut lebt, annehmen“. Für fünf Jahre ist der FONADES berufen und mit 500 Mio. Quetzales ausgestattet, die mittels eines Treuhandfonds in der staatlichen *Nationalen Kredit- und Hypotheksbank* (CHN) verortet und von zwei Angestellten des Finanzministeriums und zwei von Präsident Berger designierten Personen kontrolliert wird. Leiter des Fonds wird Saúl Padilla sein, der auch den Vorsitz der Liquidierungskommission des FIS übernehmen soll. Padilla gab unterdessen bekannt, dass die noch vom FIS gebilligten Kredite und die Liquidierungskonkurse evaluiert werden, um zu bestimmen, ob sie vom FONADES übernommen oder an andere Ministerien weitergeleitet werden.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Warum weint er bloss?

Im vergangenen Monat hatte ich das Privileg bei einem Besuch von dreissig GemeindeführerInnen, Frauen und Männer, des Maya-Volkes Q'eqchi' dabei zu sein, die eine ebensolche Gruppe des Maya-Volkes Achi' aus Rabinal traf. Diese Frauen und Männer sind, wie man so schön sagt, *historische* FührerInnen, Bewahrende der schmerzhaften Erinnerung ihrer Völker.

Für mich war es eine Ehre, diesen Personen zuzuhören und sie zu beobachten, denn das, was sie erzählen, stammt nicht von Papieren, aus Computern und Gesprächen im Büro, sondern sind menschliche Grenzerfahrungen, berichtet in erster Person. Im Prinzip kann jeder und jede in Ländern wie dem unseren in eine solche Gunst kommen; es reicht der Wunsch, solche Treffen miterleben zu wollen.

Die Begegnung fand in der Gedenk-Kapelle an die Opfer des Massakers von Plan de Sánchez in Rabinal statt. Unter dem Fussboden sind die verbrannten Überreste von 268 Opfern dieses Gemetzels bestattet, in ihrer Mehrheit Kinder, junge Mädchen und Frauen. Am Sonntag den 18. Juli 1982, als sie zu Fuss vom Markt und der Sonntagsmesse wieder ins Dorf heraufkamen, schnitt ihnen das Militär mit Paramilitärs und Zivilpatrouillisten den Weg ab und versammelte sie in einem Haus, in dem sie sie später mit Maschinengewehren töteten und in das sie schliesslich Granaten warfen. Die Mädchen und jungen Frauen wurden von ihnen getrennt, um sie zu vergewaltigen und sie an Ort und Stelle umzubringen.

Die Versammlung der GemeindeführerInnen begann mit der Anrufung der Ahnen. Diesen wurden Weihrauch und Kerzen dargebracht und sie wurden zu dem Treffen eingeladen, denn sie, die Verstorbenen, waren die Protagonisten.

Der Hauptanlass für den Besuch von Seiten der Q'eqchi' bestand dar-

in, Informationen über den Prozess zu erhalten, den die Gemeinde von Plan de Sánchez geführt hat, um zu erreichen, dass der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof den Staat Guatemala als schuldig für das Massaker verurteilte.

Die Damen und Herren Q'eqchi' waren ebenfalls ZeugInnen von den unzähligen Übeltaten, die sie acht Jahre lang überlebten, versteckt und immer auf der Flucht vor dem Militär in den Wäldern von Ixcán, wo sie das Allernötigste zum Überleben entbehrten: ein Dach über dem Kopf, Salz, Nahrungsmittel, Medizin und Kleidung. Dort sahen sie viele der Ihren an Hunger oder Krankheiten sterben, andere, die im Armeefeuer fielen. Sie gehörten zu den tausenden von Guatemaltekinnen, der Gemeinden der Bevölkerung im Widerstand (CPR), stets unsichtbar gemacht von der Regierung.

Die BesucherInnen sagten zu denen aus Plan de Sánchez: - „Alle Achtung, ihr habt es erreicht, die Leichen eurer Familienangehörigen zu exhumieren, aber wir können das nicht. Die Unseren sind dort in den Wäldern geblieben. Wie können wir sie wieder bergen?“

In beiden Gruppen herrscht die gleiche Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Diejenigen aus Plan de Sánchez haben zwar vom Staat als Entschädigung eine erste Geldrate erhalten, aber versichern, so lange keine Ruhe zu geben, bis sie die Verantwortlichen für den Genozid hinter Gittern sehen. Die Q'eqchi' sind entschlossen, dem Weg zu folgen, den die Gemeinde von Plan de Sánchez nach Jahren nervenaufreibender Bürokratie bis zum Urteil zu ebnen erreichte.

Ich dachte dabei für mich: Wenn die Erinnerung lediglich aus einer Anekdote besteht, trägt sie nichts bei, vielmehr reproduziert sie die gleiche Gewalt der Herrschenden. Aber wenn die Erinnerung Schmerz ist, dann nährt sie unaufhörlich die Uto-

pie. Und die Utopie ist nicht mehr als das verunmöglichte Mögliche, wie der spanische Schriftsteller Alfonso Sastre sagt.

Es ist genau das, was wir vor einem Jahr bereits in Plan de Sánchez erlebt haben, als der Vizepräsident Eduardo Stein als Regierungsvertreter angekommen ist, um die Gemeinde um Verzeihung zu bitten, die Auflage des Urteils erfüllend.

Die Frivolität, mit der die Staatsfunktionäre ihr Podium aufbauten, das Sonnendach spannten und ihr Grinsen als nette Jungs vor der Gemeinde, trafen auf die schmerzhafteste Erinnerung der Leute, die weiterhin ganz genau wissen, was sie wollen: „Das alles bringt überhaupt nichts, solange wir die Verurteilten des Genozids in Plan de Sánchez nicht verurteilt sehen“, rief Don Juan ins Mikrofon, der Führer der Gemeinde. Minuten später, als dem Vizepräsidenten die Stimme brach während er um Verzeihung bat, gingen den Menschen andere Fragen durch den Kopf, die auf dem Gedenk-Video festgehalten sind:

„Warum weint er bloss? Schämt er sich wohl? Oder ist er wütend? Warum ist nicht der Präsident persönlich gekommen, der der Freund der grossen Unternehmer ist, um um Verzeihung zu bitten? Warum sind nicht die grossen guatemalteckischen Manager gekommen? Warum ist nicht Ríos Montt gekommen, der im Kongress sitzt? Warum ist nicht der flüchtige Kommandant Solares gekommen? Warum sind nicht die Justizangestellten und Patrouillisten gekommen, die in Rabinal sind?“

Bittet er wirklich um Verzeihung, oder handelt es sich bloss um einen rein politischen Akt?“

Die Begegnung der Überlebenden Q'eqchi' der CPR und der Achi' aus Rabinal stellte einen weiteren Ausdruck des tiefen Guatemalas dar, des wahren Guatemalas, wo es noch glimmende Asche von Würde und Utopie gibt.